



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 172. Ratssitzung vom 13. Dezember 2025

5596. 2025/322

Postulat von Dr. Frank Rühli (FDP), Thomas Hofstetter (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 09.07.2025:

Erstellung einer Krisen-Informationsbroschüre für alle Haushalte der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Hofstetter (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4876/2025): Wir leben in einer Zeit, in der Krisen unterschiedlichster Art zunehmen: global, lokal und im familiären Umfeld. Die Liste ist lang. Es ist klar, dass viele Dinge heute wahrscheinlicher als vor wenigen Jahren sind. Eine Krisenbewältigung ist nichts Parteipolitisches, sondern betrifft uns alle. Gerade Städte wie Zürich sind besonders anfällig: Wir leben dichter und sind von einer funktionierenden Infrastruktur stärker abhängig. Die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung unterscheiden sich von jenen der Agglomeration oder dem Land. Die Krisen sind verschieden, doch etwas haben sie gemeinsam: In der Not muss man rasch und richtig reagieren können. Dafür muss man Wissen, zuverlässige Informationen und konkrete Hilfe finden. Genau hier setzt das Postulat an. Wir brauchen eine kompakte Krisenbroschüre – digital und physisch. Im Fall eines Stromausfalls, eines Kommunikationsunterbruchs oder eines Ausfalls des Mobilfunknetzes nützen Webseiten nichts. Die Bevölkerung muss etwas in der Schublade haben, das sie im Ernstfall einfach greifen kann. Die Broschüre soll mehrsprachig sein, Hinweise auf Vorkehrungen geben oder darauf, wie man sich um Kinder, Haustiere oder andere Personen kümmern soll. Sie soll realistische Verhaltenstipps enthalten, Notfalladressen, Standorte von Anlaufstellen und die wichtigsten präventiven Massnahmen – fokussiert auf den Alltag der Stadt Zürich. Anders als zur Zeit des Kalten Kriegs geht es nicht nur um den Atomkrieg. Die Bedrohungslagen sind vielfältiger. Gerade weil der Alltag so stark vom Handy abhängt, werden viele Menschen verletzlicher. Eine klar strukturierte, verständliche Broschüre schafft Sicherheit. Andere Länder haben bereits solche Unterlagen für ihre Bevölkerung erstellt. Es funktioniert und wirkt. Der Bund arbeitet ebenfalls an entsprechenden Informationen, aber auf gesamtschweizerischer Flughöhe. Die Stadt soll das spezifisch auf die städtischen Realitäten und Bedürfnisse anpassen. Damit wollen wir keine Angst schüren, sondern die Bevölkerung stärken. Eine informierte Bevölkerung ist resilienter.

Simon Kälin-Werth (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 27. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Der Vorstoss ist weder zeitgemäss noch



zweckdienlich und erinnerte mich an den Kalten Krieg – Gedankengut, das wir dachten, überwunden zu haben. Damals wurde vor dem Hintergrund der sogenannten geistigen Landesverteidigung vom Bundesrat das Handbuch für Zivilverteidigung in Auftrag gegeben. Dieses war ein wichtiges Werk in jedem Haushalt. Wir Grünen gehen aber von mündigen Bürgerinnen und Bürgern aus, die sich über Medien jederzeit bestens informieren und Bescheid wissen, was man im Krisenfall unternehmen müsste. Einen kleinen Notvorrat zu Hause zu haben, ist selbstverständlich. Dafür brauchen sie kein Krisenhandbuch. Es ist interessant, dass sie von einer Bedrohungslage ausgehen und dafür eine Broschüre verlangen. Es bräuchte eine Broschüre für die Klimakrise, da sie global gesehen die grösste Bedrohung für die Menschheit ist. Der Erwärmungstrend ist seit den 80er-Jahren ungebrochen. Mit einer Broschüre lässt sich nicht auf diese Bedrohung reagieren, nur mit weitsichtigen, prophylaktischen Handlungen. Die Übung können wir uns sparen.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Bis auf den letzten Teil von Simon Kälin-Werths (Grüne) Votum bin ich mit der Begründung der Ablehnung einverstanden. Es überrascht mich, von der FDP zu hören, dass man die Bevölkerung belehren und aufklären müsse. Sonst spricht sie immer von Eigenverantwortung. Wie die Broschüre aussehen soll, ist unklar. Es scheint, als würde sie sehr dick werden. Ob dieses Buch gelesen würde, ist eine andere Frage. Die FDP soll zurück zu Vernunft und Eigenverantwortung. Heute ist alles abrufbar, die Leute sollen sich digital informieren. Die Verwaltung soll nicht mit mehr Arbeit belastigt werden.

Christian Häberli (AL): Die Nützlichkeit solcher Broschüren ist fraglich. Es ist schwierig, die Informationen so unter Leute zu bringen, dass sie verständlich und zugänglich sind, wenn die Krisensituation eintritt. Wieso die Stadt einen Sonderweg mit Züri-Finish gehen soll, wenn es von Bund und Kanton schon Merkblätter gibt, sehe ich nicht ein. Die FDP spricht auch von urbaner Selbsthilfe. Wie soll die aussehen? Das Postulat lehnen wir ab.

Patrick Stählin (GLP): Dem Postulat stimmen wir zu, auch wenn wir denken, dass viele Informationen in einer solchen Broschüre nicht nötig sind. Wenn das Internet und der Strom weg sind, nützen auch Informationen wenig, da nichts funktioniert. Wer sich vorbereiten will, kann das mit den erwähnten Online-Ratgebern tun. Uns überzeugte der Teil zu häuslicher Gewalt, da man damit alle Haushalte erreicht, was bisher nicht der Fall ist.

Sandra Gallizzi (EVP): Das Anliegen ist prüfenswert, wir unterstützen das Postulat.

Michael Schmid (FDP): Die Gewährleistung der Sicherheit und im Ernstfall des Überlebens ist eine zentrale, unübertragbare Staatsaufgabe. Die Forderung nach Eigenverantwortung unterstützen wir. Damit diese wahrgenommen werden kann, muss man die Mittel haben, sich über die Situation zu informieren. Uns wurde vorgeworfen, wir seien im Kalten Krieg stecken geblieben. Eine neue Auflage der Zivilverteidigung braucht es nicht, das ist klar. Man soll durchaus auf Risiken und Bedrohungen bei Klima- und Extremwetersituationen eingehen. Alle sollten wissen, was und wo der nächste Notfalltreffpunkt ist.



3 / 3

Pascal Lamprecht (SP): Im Normalfall ist eine solche Broschüre nicht notwendig. Von mündigen Bürgern gehen wir aus. Im Notfall ist man gestresst, man reagiert vielleicht nicht adäquat und hat den Faktor begrenzter Zeit. Das Thema häusliche Gewalt ist uns auch wichtig. Einerseits ist es eine Sensibilisierung, andererseits eine konkrete Hilfe. Die Nummer 117 ist nicht immer zielführend. In Stresssituationen kann man nicht Stellenkontakte wie die Opferhilfe oder «Forensic Nurses» herausuchen und sich überlegen, wo man anrufen oder hingehen soll. Die Broschüre soll Sicherheit bieten, keine Angst schüren. Das Postulat ist ein Prüfauftrag, die Ausgestaltung überlassen wir dem Stadtrat.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat nimmt das Postulat gerne entgegen. Über den Ablehnungsantrag war ich überrascht. In mehreren Krisen wie bspw. der Pandemie machten wir die Erfahrung, dass das Informationsbedürfnis der Bevölkerung über angebrachtes Handeln in einer solchen Situation sehr gross ist. Die Stadt hat mit der Universität Zürich eine gute Sache entwickelt: Seit Herbst 2025 werden sogenannte Resilienz-Wochen durchgeführt, in denen der Bevölkerung in Gemeinschaftszentren gezeigt wird, wo bspw. Trinkwasserhähne oder Notfalltreffpunkte sind. Das stiess auf reges Interesse – sowohl in der Bevölkerung als auch von anderen Schweizer Städten. Diesen Weg müssen wir gehen. Eine der Massnahmen ist diese Informationsbroschüre.

Das Postulat wird mit 75 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat